

STRASSENBAUbeiträge IN RHEINLAND-PFALZ

Warum sind Straßenausbaubeiträge sinnvoll und gerecht?

☞ Durch Erschließung werden Grundstücke als Bauland nutzbar. Somit steigt ihr Wert für die Eigentümer. Selbiges gilt für Straßenausbaumaßnahmen, die ebenfalls zu einer Wertsteigerung von Grundstücken führen. Da die Eigentümer der Grundstücke davon profitieren, werden sie an den Kosten beteiligt.

☞ Würden die Straßenausbaubeiträge abgeschafft und durch Steuermittel ersetzt, würden alle Bürgerinnen und Bürger stärker belastet, während die Grundstückseigentümer entlastet würden. Davon würden am stärksten große Wohnungsbaugesellschaften und Eigentümer mehrerer vermieteter Immobilien profitieren.

☞ Straßenausbaubeiträge sorgen zudem dafür, dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die kommunalen Pläne zum Straßenausbau einbezogen werden.

Was bedeuten Straßenausbaubeiträge für Mieterinnen und Mieter?

☞ Straßenausbaubeiträge können nicht auf die Mieten umgelegt werden. Für Mieterinnen und Mieter wäre eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge besonders ungerecht, weil sie dann über Steuern den Straßenausbau mitfinanzieren müssten, obwohl der Vorteil allein beim Eigentümer liegt.

☞ Nichtsdestotrotz trägt die Allgemeinheit auch heute schon über den kommunalen Anteil einen Teil der Kosten für den Straßenausbau.

Wie wird mit Härtefällen verfahren?

☞ Wenn im Rahmen der Straßenausbaubeiträge vereinzelt Härtefälle auftreten – beispielsweise, weil einmalig eine sehr hohe Summe zu entrichten ist –, können die Kommunen diese selbständig durch Stundungsregelungen abmildern.

☞ Alternativ können die Kommunen generell auf wiederkehrende Beiträge umstellen. So müssen Eigentümer nicht einen großen Beitrag, sondern jährlich kleine Beiträge zahlen. Dies ist eine sozialverträglichere Lösung, die Härtefälle von vornherein verhindert.

☞ Die SPD Rheinland-Pfalz befürwortet solche wiederkehrenden Beiträge, deren Rechtmäßigkeit bereits gerichtlich bestätigt wurde. Die Entscheidung über die Einführung liegt aber ausschließlich bei den Kommunen selbst, nicht beim Land.

Was ist mit dem Vorschlag der CDU, die Straßenausbaubeiträge durch Rücklagen des Landes zu finanzieren?

☞ Der Vorschlag der CDU ist unseriös. Dauerhafte Ausgaben können nicht aus Rücklagen finanziert werden. Die SPD-geführte Landesregierung schafft Rücklagen in wirtschaftlichen starken Zeiten, um auch zukünftig einen ausgeglichenen Haushalt sicherstellen zu können.

☞ Zudem würden durch eine Übernahme der Kosten durch das Land die Kommunen stark in ihrer verfassungsrechtlich verbrieften Selbstverwaltung sowie Planungs- und Entscheidungshoheit eingeschränkt. Jede Ausbaumaßnahme müsste dann vom Land genehmigt werden.

Unsere Haltung: Das Land wirtschaftet seit Jahren solide und der Landeshaushalt ist leistungsfähig.

Er weist für die beiden kommenden Jahre Überschüsse aus. Dies ist der guten wirtschaftlichen Situation und einhergehenden stabilen Steuereinnahmen zu verdanken. Daraus ergibt sich aber kein Spielraum für zusätzlichen Ausgaben. Die Bildung von Rücklagen dient dabei der Vorsorge für kommende Jahre. Einmalige Rücklagen können nicht für dauerhafte Zahlungen verplant werden.

Wir setzen bei unserer Politik die richtigen Schwerpunkte: Wir geben Geld in Kitas und die Beitragsfreiheit von Bildung in Rheinland-Pfalz. Wir geben jetzt nochmal mehr als 60 Millionen zusätzlich – insgesamt über 600 Millionen pro Jahr – an die Kommunen, allein für die Verbesserung der Qualität unserer Kitas.

Für die SPD gilt: Beitragsfreiheit für Eltern und Kinder und nicht Beitragsfreiheit für Straßen